

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 34 (auch frei in's Haus) und bei den Depots 2 Mk., bei allen Reichs-Postanstalten 2 Mk. 50 Pf.

Insertionsgebühr

die gespaltenen Petitionen oder deren Raum 10 Pf.
Annoncen-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 34,
Heinrich Nek, Koppernusstraße.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Insersaten-Annahme auswärts: Strasburg: A. Fuhrich. Inowrazlaw: Justus Wallis, Buchhandlung. Neumark: J. Köpke. Graudenz: Der "Gefällige". Lautenburg: M. Jung. Gollub: Stadtkämmerer Asten.

Expedition: Brückenstraße 34. Redaktion: Brückenstr. 17, I. Et.
Berufsprech-Anschluß Nr. 46.
Insersaten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Insersaten-Annahme auswärts: Berlin: Haasenstein und Vogler, Rudolf Mosse, Invalidenbank, G. L. Daube u. Co. u. sämtl. Filialen dieser Firmen in Breslau, Dresden, Leipzig, Frankfurt a. M., Nürnberg, München, Hamburg, Königsberg etc.

Vom Reichstage.

In der Sitzung am Mittwoch stand auf der Tagesordnung die zweite Berathung des Estat des Reichsamtes des Innern.

Präsidient v. Lebeck: Als von der Einführung der zweijährigen Budgetperiode die Rede war, wurde eine Statistik über die Dauer unserer Staatsberathungen aufgestellt. Dieselbe ergab, daß damals im Durchschnitt die Berathungen über den Estat lange Zeit erfordert haben. Wenn wir so fortfahren, werden wir bis zum 1. April mit dem Estat nicht fertig.

Reichskanzler Graf Caprivi: Der Abg. Graf Kaniz hat von mir gemachte Bemerkung über die Landwirtschaft falsch verstanden. Ich bin für die Erhebung eines gewissen Kornzolles; aber der schon jetzt bestehende genügt. Die Regierung weiß die Bedeutung der Landwirtschaft genügend zu würdigen, daher müssen alle gemachten Vorwürfe energisch zurückgewiesen werden. Wenn der Kornpreis jetzt nach der Zollermäßigung um 100 Pf. niedriger ist, als in den letzten Jahren, so liegt das nicht an den Zöllen, sondern an allgemeinen Verhältnissen, welche durch die einzelne Gefege, wie z. B. der Vorschlag über den Unterstützungswohnsitz nicht aus der Welt zu schaffen sind. Seitdem die Kommunikationsverhältnisse sich geändert haben, sind die Zeiten vorbei, wo die Ernten allein den Preis bestimmten. Die Kornzölle sind eine schwere Last für das Land. Die Landwirthe sollten ihre Klagen beschränken.

Abg. Baumgärtel (frz.): Die Regierung muß in ihrem Befreien mit Russland handelspolitische Vereinbarungen zu schließen, unterrichtet werden. Von Wichtigkeit ist für den Osten namentlich die Aufhebung des Identitätsnachweises. Eine Erklärung der Regierung über das Freizügigkeitsgesetz muß gefordert werden.

Abg. Graf Mirbach (kons.): Die Regierung muß die Landwirtschaft schützen. Von Opfern, welche das Land der Landwirtschaft bringt, kann nicht die Rede sein.

Abg. Graf Kaniz: Die Kornzölle kommen auch der Industrie zu Gute.

Abg. Bühl (ndl.): Der deutsch-russische Handelsvertrag muß im Interesse des Weltfriedens gefördert werden. Die Freizügigkeit darf man nicht beschränken, wohl aber dürfen die Städte sich gegen den Zugang arbeitsloser und arbeitschwerer Elemente wehren können.

Staatssekretär v. Marschall: Beim Abschluß des österreichisch-deutschen Handelsvertrages sind so viele Interessenten gefragt worden, daß vom "grünen Tisch" nicht die Rede sein kann. Was ist aus den düsteren Prophesien vor Abschluß der Verträge geworden? Ein Schutzoll, wie ihn die Landwirthe wollen, würde so weit führen, daß er bei der ersten Kriegsgefahr sofort wegfallen müßt.

Reichskanzler Graf Caprivi: Die Beamten, welche die Verträge abschließen, haben ihre Instruktion im Reichstage erhalten und in zweifelhaften Fällen auch in diesem Hause angefragt, daher müssen alle Angriffe gegen diese Beamten zurückgewiesen werden.

Abg. Schulze (Soz.): Vor der Beschränkung

der Freizügigkeit muß gewarnt werden. Die Freizügigkeit gibt den Arbeitern die Gelegenheit, ihre Lage zu verbessern.

Abg. Richter (frz.): Der agrarische Ansturm gegen den russisch-deutschen Handelsvertrag ist ein Kunstprodukt. Das ganze deutsche Volk wird dem Kanzler für den Abschluß dieser Verträge dankbar sein.

Staatssekretär v. Bötticher: Die Berichte der Handelskammern waren bei Abschluß der Handelsverträge maßgebend; aber auch die Landwirtschaft ist um Rath gefragt worden. Die Berathungen wurden mit der peinlichsten Sorgfalt gehalten.

Abg. Bamberger (frz.): Die Agrarier sind begehlich und unzufrieden, obgleich ihre Freunde die Erhebung eines gewissen Kornzolles; aber der schon jetzt bestehende genügt. Die Regierung weiß die Bedeutung der Landwirtschaft genügend zu würdigen, daher müssen alle gemachten Vorwürfe energisch zurückgewiesen werden. Wenn der Kornpreis jetzt nach der Zollermäßigung um 100 Pf. niedriger ist, als in den letzten Jahren, so liegt das nicht an den Zöllen, sondern an allgemeinen Verhältnissen, welche durch die einzelne Gefege, wie z. B. der Vorschlag über den Unterstützungswohnsitz nicht aus der Welt zu schaffen sind. Seitdem die Kommunikationsverhältnisse sich geändert haben, sind die Zeiten vorbei, wo die Ernten allein den Preis bestimmten. Die Kornzölle sind eine schwere Last für das Land. Die Landwirthe sollten ihre Klagen beschränken.

Abg. Baumgärtel (frz.): Die Regierung muß in ihrem Befreien mit Russland handelspolitische Vereinbarungen zu schließen, unterrichtet werden. Von Wichtigkeit ist für den Osten namentlich die Aufhebung des Identitätsnachweises. Eine Erklärung der Regierung über das Freizügigkeitsgesetz muß gefordert werden.

Abg. Arendt (frz.) vor, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung dahin zu überweisen, daß diese im Bundesrat für eine bessere Wahrung der landwirtschaftlichen Interessen bei den russischen Handelsverträgen sorge, als dies bei den Handelsverträgen mit Österreich und Italien geschehen ist. Einen ähnlichen Antrag haben die Herren

b. Dziembowski (frz.) und Frhr. v. Griffa (k.): eingebracht. Nach Mittheilung des Präsidenten von Kölle ist der Antrag Arendt inzwischen zurückgezogen worden.

Abg. Kröcher (kons.) äußert seine prinzipiellen Bedenken gegen einen Handelsvertrag mit Russland mit einem verdächtigen Hinweise auf den Fürsten Bismarck, der auch kein Freund eines solchen Vertrages sei, und empfiehlt den Antrag Dziembowski zur Annahme.

Abg. Richter (kons.) beantragt den Übergang zur Tagesordnung über Antrag Dziembowski.

Abg. v. Thünen beantragt, die Regierung aufzufordern, bei Abschluß von Handelsverträgen mit Sachverständigen der Landwirtschaft und Industrie in ausreichende Beziehungen zu treten. Nachdem der Wortlaut der Halleischen Petition verlesen ist, spricht

Abg. Arendt (frz.): Wenn man aus der Petition eine Haupt- und Staatsaktion gemacht habe, so sei das nicht zu bedauern. Schon Bismarck habe dem Abgeordnetenhaus das Recht zugestanden, sich um Reichsinteressen zu kümmern. Der Redner verbreitete sich ausführlich über die Beunruhigung, die die Nachricht vom russischen Handelsvertrag in landwirtschaftlichen Kreisen erregte. Der Vertrag sei ein seltsamer Widerspruch mit dem sonstigen Verhalten Russlands gegen Deutschland. Man müsse verlangen, daß die russischen

Truppenansammlungen und die Bedrückungen der Deutschen aufhören. Sein Antrag soll nichts sein als eine Mahnung.

Ministerpräsident Graf Eulenburg betrachtet es als eine Beleidigung der Landwirtschaft, wenn diese aus einem Abschluß des russischen Handelsvertrages ihre Stellung gegen die Militärvorlage herleiten würde, wie der Vortreter andeutete. Dagegen muß er protestieren. Dann aber bestreite er entschieden, daß der Landtag das Recht habe, einen entscheidenden Einfluß auf eine Angelegenheit des Reiches, wie es Handelsverträge sind, auszuüben. Die Interessen der Landwirtschaft würden stets gewahrt werden, wo es Noth tut, und die Regierung helfen.

Abg. Frhr. v. Erffa (kons.) spricht über die schweren Schädigungen, denen die Landwirtschaft durch den russischen Handelsvertrag ausgesetzt wird.

Abg. v. Schalisch (Bentr.) bezeichnet den ungünstigen Stand des Rubelurses als das eigentliche Uebel. Wenn die Landwirtschaft bei der Militärvorlage wieder bluten soll, muß ihr zunächst frisches Blut zugeführt werden.

Abg. v. Kardorff (frz.) erhofft von der Silberwährung eine Besserung der Verhältnisse. Dann wären alle Handelsverträge überflüssig. Die Industrie muß beim Abschluß der Verträge besonders berücksichtigt werden.

Abg. v. Ennecerus (ndl.) erklärt, seine Partei werde nicht gegen den russischen Vertrag stimmen, der für die Städte des Ostens dringend nötig ist.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. v. Minnigerode, Rossitzen gegen den Liberalismus warnt Abg. Szmulow (Bentr.) davor, die Arbeiterverhältnisse im Osten bei Abschluß eines russischen Handelsvertrags außer Acht zu lassen. Die Industrie werde sich für den Vertrag sicherlich nicht begeistern.

Minister v. Berlepsch gibt die Richtigkeit der letzteren Bemerkung zu, konstatiert aber, daß die Verträge mit geringeren Konzessionen unsererseits nicht zu haben gewesen wären. Der Minister protestiert dagegen, daß die Anträge über den Handelsvertrag mit Russland parteiisch gewesen wären und niemals schließlich die bei den Verträgen als Kommissäre beschäftigten deutschen Beamten in Schuß.

Abg. Dr. Meyer-Berlin erklärt, seine Partei wolle mit dem Urtheile noch zurückhalten, werde aber für die einfache Tagesordnung wegen des Antrages Arendt stimmen. Das Haus veragt sich hierauf auf Donnerstag zur fortgesetzten Berathung des Kultusetats.

Vom Landtage.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am Mittwoch stand auf der Tagesordnung die Petition des landwirtschaftlichen Halle a. S. betr. den Handelsvertrag mit Russland. Die Petitions-Kommission beantragt Überweisung der Petition an die Regierung als Material. Hierzu liegt ein Antrag des

Abg. Arendt (frz.) vor, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung dahin zu überweisen, daß diese im Bundesrat für eine bessere Wahrung der landwirtschaftlichen Interessen bei den russischen Handelsverträgen sorge, als dies bei den Handelsverträgen mit Österreich und Italien geschehen ist. Einen ähnlichen Antrag haben die Herren

b. Dziembowski (frz.) und Frhr. v. Griffa (k.): eingebracht. Nach Mittheilung des Präsidenten von Kölle ist der Antrag Arendt inzwischen zurückgezogen worden.

Abg. Kröcher (kons.) äußert seine prinzipiellen Bedenken gegen einen Handelsvertrag mit Russland mit einem verdächtigen Hinweise auf den Fürsten Bismarck, der auch kein Freund eines solchen Vertrages sei, und empfiehlt den Antrag Dziembowski zur Annahme.

Abg. v. Thünen beantragt, die Regierung aufzufordern, bei Abschluß von Handelsverträgen mit Sachverständigen der Landwirtschaft und Industrie in ausreichende Beziehungen zu treten. Nachdem der Wortlaut der Halleischen Petition verlesen ist, spricht

Abg. Arendt (frz.): Wenn man aus der Petition eine Haupt- und Staatsaktion gemacht habe, so sei das nicht zu bedauern. Schon Bismarck habe dem Abgeordnetenhaus das Recht zugestanden, sich um Reichsinteressen zu kümmern. Der Redner verbreitete sich ausführlich über die Beunruhigung, die die Nachricht vom russischen Handelsvertrag in landwirtschaftlichen Kreisen erregte. Der Vertrag sei ein seltsamer Widerspruch mit dem sonstigen Verhalten Russlands gegen Deutschland. Man müsse verlangen, daß die russischen

Deutsches Reich.

Berlin, 16. Februar.

— Der Kaiser unternahm Dienstag Nachmittag mit seiner Gemahlin eine Spazierfahrt nach dem Tiergarten, bei der das Kaiserpaar dem Erbprinzen von Meiningen einen Besuch abstattete. Am Abend wohnte das Kaiserpaar dem großen Fastnachtsball im Schloss bei. Mittwoch Vormittag unternahm

das Kaiserpaar wieder eine Spazierfahrt nach dem Tiergarten. Am Abend gedachte der Kaiser seine Reise nach Wilhelmshaven anzurereten.

— Eine neue Kaiserbegegnung in Sicht. Das dänische Blatt "Danebro" verzeichnet gerüchteweise die Meldung, daß im nächsten Sommer der Besuch des deutschen Kaisers in Fredensborg erwartet werde. Es kann nicht überraschen, daß bei diesem Gerücht der Vermuthung Raum gegeben wird, der Besuch Wilhelms werde während der Anwesenheit des Zaren in Fredensborg erfolgen.

Abg. v. Schalisch (Bentr.) bemerkt dazu: So weit wir unterrichtet sind, ist die Reise des Kaisers nach Fredensborg an ausschlaggebender Stelle noch nicht in Erwägung gezogen, immerhin halten wir es für angezeigt, von dem Gerücht Notiz zu nehmen, weil dessen Entstehung eine Auffassung der politischen Situation zur Voraussetzung hat, die auf dem Eindruck beruht, daß an eine Störung des Friedens nicht zu denken ist.

— Neben den Arbeitsplan des Abgeordnetenhauses steht Abg. Freiherr v. Leditz in der Post mit, daß die Berathung der drei Steuergesetze im Plenum erst nach Ostern in Angriff genommen werden kann. Vor Ostern ist noch der Estat festzustellen; sodann ist die erste Lesung des Sekundärabgabengesetzes und die zweite, womöglich dritte Lesung des Wahlgesetzes beabsichtigt.

— Die Steuerkommission des Abgeordnetenhauses hat in der Sitzung am Dienstag Abend die §§ 10—29 des Vermögenssteuergesetzes in zweiter Lesung berathen. Dabei ist die Grenze der steuerfreien Vermögen von 6000 der Regierungsvorlage auf 12 000 Mark erhöht worden.

— "Die Aussichten der Militärvorlage", betitelt sich ein Leitartikel der "Germania", worin sie sich mit den Neuheiten derjenigen Blätter beschäftigt, die vom Zentrum einer der Militärvorlage günstigen Standpunkt und eine Einwirkung der Kurie zu Gunsten der Vorlage erhoffen. Die "Germania" erklärt, daß das Zentrum, ähnlich dem Freiheit, nicht bereit ist, die Bennigsen'schen Kompromißvorschläge zu akzeptieren. Dazu, daß die Presse an das gleichzeitige Erscheinen des

Frau von Rotteck selbst, um Viola heimzuführen.

Magda glaubte, diese Rücksicht ihrem guten Bruder schuldig zu sein, und so schwer sie sich auch von ihrer Familie trennte, so brachte sie dennoch dieses Opfer, denn sie wollte auch Viola dadurch beweisen, daß Alles vergeben und vergessen sei.

Für die so schwer geprüfte junge Frau begann nun ein neues Leben. Jetzt erst lernte sie den wahren Werth einer trauten Häuslichkeit schätzen und das volle Glück eines stillen Familienlebens erkennen.

Die Stürme des Lebens hatten die zauberhafte Schönheit, die einst Viola geschmückt, für immer vernichtet, aber sie hatte sich dafür eine andere Schönheit errungen, die dauernd und unvergänglich ist — die Schlacken, welche ihre junge Seele umhüllt, waren gefallen und das echte Gold zum Durchbruch gekommen.

Nicht an Neuerlichkeiten haftete mehr ihr Sinn — hatte sie doch die traurige Erfahrung gemacht, daß gerade die glänzendste Außenseite die tiefsten Schatten birgt, und daß das höchste Glück des Menschen nicht im Glanze der Welt, sondern im eigenen Herzen liegt. —

Und es kam der Tag, der alle ihre Wünsche krönen sollte, der Tag, an dem sie das Weib des Mannes wurde, dessen Werth sie erst erkannte, als sie selbst im frevelhaften Leichtsinne eine unübersteigbare Scheidewand zwischen sich und ihm aufgerichtet; nach langen Kämpfen, nach bitterem Leide war auch diese gefallen, und jetzt war sie sein — ganz sein!

Es war eine stille Hochzeit, die da gefeiert wurde.

In der kleinen Dorfkirche hatte die Trauung stattgefunden, dann hatte die wenigen Gäste ein Mahl bei Rottecks vereint, und als der milde Juniabend zur Neige ging, waren die Neuvermählten nach Lindenhain gefahren.

Als Frau des Hauses durchschritt nun Viola die wohlbekannten Räume und eine tiefe Seligkeit zog in ihr Herz — jetzt war sie von allen Stürmen bereit!

Der Freiherr schlang seinen Arm um seine junge Hausfrau und zog sie sanft mit sich in den Park zu den blühenden Lindenbäumen, deren süßer Duft sie mit berausgender Stärke umwehte.

Weiter ging es fort, bis tief in den Park hinein zu der alten Eiche, unter deren schattigem Blätterdach sich das Paar niederließ.

"Sie hat meinen Schmerz gesehen," sagte Gerhard, auf die Eiche deutend, "damals, als ich meiner Schwester mein Leid geplagt, sie soll auch Zeuge meines Glückes sein."

"Oh, Gerhard, ich habe nur immer Dich geliebt, und der Gedanke, Deiner würdig zu werden, hat mir Mut gegeben, das Schwerste zu ertragen," flüsterte Viola, sich fester an den geliebten Gatten schmiegender.

Er neigte sich über sie, und der heiße Kuß, den er auf ihre Lippen preßte, sagte mehr, als Worte es vermögen.

Ende.

dass Sie sich meinem Vorschlage fügen werden. Vorläufig bleiben Sie hier, ich reise heute noch nach Hause und setze Magda von Allem in Kenntnis. Sie wird Ihnen gern bei Ihr eine Heimat bieten und Sie werden diese sicherlich nicht verschmähen."

Er hielt inne und sah sie erwartungsvoll an. In Violas Augen leuchtete es freudig auf. "Darf ich dieses Anerbieten annehmen?" fragte sie zögernd, "Herr v. Rotteck —"

Er unterbrach sie lächelnd.

"Der gute Rotteck tut, was Magda will."

"Und Magda", flüsterte sie leise, "sie muß mir zürnen, es wäre zu viel des Edeleuths."

Sie hat Ihnen längst vergeben — lassen wir Vergangenes ruhen. Wollen Sie kommen, Viola, mir zu Liebe?"

Er sah ihr tief in die Augen, denen urplötzlich heiße Thränen entströmten.

"Ich sollte Ihnen zürnen", sprach er weich, "daß Sie sich nicht sofort an mich gewendet — ich habe Sie lange Zeit mit banger Sorge gesucht."

"Ich habe nicht so viel Güte verdient," sagte sie schluchzend, "

Zentrums-Abgeordneten Prinzen Arenberg und des Generals Loë beim Reichskanzler gewisse Kombinationen geknüpft hatte, bemerkte die "Germania", daß die beiden Genannten früher in regen militärischen Beziehungen zueinander standen und daß es daher nur zu feinsinnig vom Kanzler war, sie wieder zusammenzuführen. Was eine päpstliche Intervention in der Haltung des Zentrums gegenüber der Militärvorlage angeht, so sei das ein Vorgang, dessen Wiederholung sich von selbst verbiete.

In der Militärlkommission wurde am Mittwoch die Spezialdiskussion über § 1 der Militärvorlage fortgesetzt. Abg. Dr. Lieber (Bentr.) erklärte, man müsse die Bevollmächtigungen für eine Reihe von Jahren festlegen, damit gebe zwar das Zentrum seinen Standpunkt der einjährigen Bewilligung auf, die Hauptache bleibe aber doch die zweijährige Dienstzeit. Nach den gestrigen Erklärungen Caprivi sei eine Vereinbarung nicht zu erhoffen, daß Zentrum werde für keinen der gestellten Anträge stimmen und behält sich seine Formulierung vor. Fr. h. v. Hammerstein (kons.) bedauerte diese Erklärung. Der Beweis für die Durchführbarkeit der zweijährigen Dienstzeit sei noch keineswegs geführt. Je länger die Dienstzeit, desto billiger die Armee. Redner wünschte Aufklärung über die Versuche mit der zweijährigen Dienstzeit, die Generalmajor v. Gobeler ertheilte. Die Urtheile lauten verschieden. Zehn von den befragten Stellen erblicken das Heil in dreijähriger Dienstzeit, während 21 Stellen die zweijährige unter gewissen Bedingungen für durchführbar halten. Nach weiterer unwe sentlicher Debatte wurde die Sitzung auf Donnerstag vertagt.

Die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen bezüglich der deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen ist zu erwähnen, daß die Gegenvorschläge, welche man deutscherseits auf die russischen Vorschläge ausgearbeitet hat, jetzt nach Petersburg übermittelt worden sind, und zwar mit ausführlichen, begründenden Erörterungen versehen. Nach dem Eintreffen dieser Gegenvorschläge in Petersburg und nach ihrer Prüfung, daselbst werden die russischen Kommissarien nach Berlin kommen.

Die Wahlprüfungs kommission des Reichstages hat die Wahl des Oberpräsidenten Grafen v. Stolberg (Königsberg) beanstandet und umfangreiche Beweiserhebung beschlossen.

Die Kommission für das Abzahlungsgeschäft hat sich am Dienstag über die Hauptfragen des ihr überwiesenen Gesetzentwurfes schlüssig gemacht. Sie nahm den § 1 mit der Maßgabe an, daß im Falle des Rücktritts vom Vertrage jeder Theil verpflichtet sein soll, dem anderen Theil die empfangenen Leistungen zurückzugewähren. Diese Fassung kommt derjenigen der ursprünglichen Regierungsvorlage ziemlich nahe. § 2, der die Vergütung regelt, wurde abweichend von der Regierungsvorlage formuliert. Der neuerdings von der Regierung vorge schlagene Zusatz: "Bei Be messung der Vergütung sind auch die gewöhnlichen Geschäftsun Kosten und der übliche Geschäftsgewinn zu berücksichtigen", ist durch die vereinigten Konservativen und Ultramontanen zu Fall gebracht worden. Wird § 2 in der jetzigen Fassung Gesetz, so ist die Existenz auch des soliden Abzahlungsgeschäfts bedroht.

Wucher gesetzenovelle. Die Kommission des Reichstages hat am Dienstag Abend die zweite Lesung beendet. § 302a wurde nach der Vorlage angenommen (in erster Lesung war die Ablehnung erfolgt). § 203d wurde wie in erster Lesung genehmigt. § 302e wurde in der Fassung der Vorlage genehmigt. § 367 wurde in der Fassung der ersten Lesung genehmigt. Dasselbe geschah hinsichtlich der Artikel 2 und 3. Der Artikel 4, der von den Rechnungsabschlüssen handelt, wurde in folgender Fassung angenommen: Wer Kreditgeschäfte betreibt, hat für jeden, mit welchem er daraus in Geschäftsverbindung steht, nach Schluß des Kalenderjahrs die Rechnung abzuschließen und das Ergebnis dem Schuldner binnen 3 Monaten schriftlich mitzuteilen, sofern nicht vorher schon eine schriftliche Abrechnung stattgefunden hat. Ein Schuldnerkenntnis oder eine Schuldbewandlung ersetzt nicht den Nachweis einer solchen schriftlichen Abrechnung. Wer sich dieser Verpflichtung vor sätzlich entzieht, wird mit Geldstrafe bis zu 500 Mk. oder Haft bestraft und verliert den Anspruch auf die Zinsen für das verslossene Jahr hinsichtlich der Geschäfte, welche im Rechnungsabschluß nicht enthalten sind. Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung 1) auf öffentliche Banken, Notenbanken, Bodenkredit-Institute und Hypothekenbanken auf Aktien, 2) auf Kaufleute im Geschäftsverkehr mit Kaufleuten, deren Firma in das Handelsregister eingetragen ist.

Koloniale. Gouverneur Freiherr v. Soden, der inzwischen in Bombay eingetroffen ist, wird nicht erst wieder nach Dar es-Salaam zurückkehren, sondern im Juni direkt nach Deutschland gehen.

Zur Choleragefahr. In Hamburg ist am Dienstag bei einem am 3. Februar Erkrankten nachträglich Cholera festgestellt worden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Im Brüder Kohlenbecken ist der Strike in der Dunahme begriffen. Es fanden bereits ernste Unruhen statt, sodaß Militär requirirt werden mußte.

Italien.

Der Justizminister Bonacci ordnete an, daß der Prozeß gegen Tanlongo und Genossen bereits Mitte März beginnen und in demselben Monat noch beendet sein muß. Ferner soll die Verhandlung nicht vor dem Schwurgericht, sondern vor dem Korrektionstrial stattfinden.

Die Regierung hat den Staatsrat ersucht, gegen sein Mitglied, den Exminister Bonghi, wegen Verleumdung des Ministerpräsidenten und Angriffe auf den deutschen Kaiser vorzugehen. Der Staatsrat verweigerte jedoch das geforderte Einschreiten, da Bonghi nicht in seiner Eigenschaft als Staatsrat, sondern als Privatmann den Artikel, um welchen es sich handelt, geschrieben resp. veröffentlicht habe.

Portugal.

Das Journal "Do Commercio" bringt einen Aufsehen erregenden Artikel, in welchem der König ersucht wird, die Minister zu entlassen und die Lösung der Finanzkrise selbst zu leiten. Man nimmt an, daß eine Ministerkrise unmittelbar bevorstehe.

Frankreich.

Der Panama-Bestechungsprozeß wird am 6. März vor den Geschworenen beginnen.

Aus Lens wird gemeldet, daß bei dem neuerdings ausgebrochenen Strike auf den Kohlenzügen die Arbeiter eine so drohende Haltung angenommen haben, daß die dortige Gendarmerie bedeutend verstärkt werden mußte. Die strikten Arbeiter beabsichtigen die Nichtfeiernden gewaltsam an der Einfahrt zu hindern.

Die Interpretation Leydet über die allgemeine Politik der Regierung soll erst Freitag eingebracht und von Ribot beantwortet werden. In Kammerkreisen herrscht die Meinung, daß Ribot mehr gefährdet sei als Bourgeois und daß die Debatten am Freitag eine neue Krise herbeiführen werden.

Belgien.

In Jemappes fand am Dienstag im Schlosse des Industriellen Detry während des Soupers eine Dynamitexplosion statt. Zwei Damen wurden durch Glassplitter im Gesicht verletzt. Der materielle Schaden ist ziemlich erheblich. Es wird vermutet, daß Attentat sei ein Racheakt eines Arbeiters.

Nach Mitteilung aus Buesrode kam es daselbst bei der Verhaftung zweier Excedenten durch die Gendarmerie zu ernstlichen Auseinandersetzungen. Die Menge griff die Gendarmen mit Knütteln an und entwaffnete einen. Als darauf Verstärkungen eintrafen und der Kommandant zum Angriff überzugehen befahl, zerstreute sich die Menge. Mehrere Personen wurden verletzt, darunter zwei tödlich. Zwei Gendarmen wurden leicht verwundet.

Großbritannien.

Gegen die Homerulebill nehmen die Unionisten den Kampf aufs schärfste auf und kündigen unbedingten Widerstand an. Im englischen Unterhause wurde diese Stellungnahme der Unionisten von Saunderson vertreten. Bei der weiteren Berathung am Dienstag trat Balfour, der frühere Staatssekretär für Irland, als Gegner der Bill auf, die er als unannehmbar bezeichnete. Nach ihm kam der Führer der Parnellites Redmond zu Worte, welcher zwar sein endgültiges Urtheil noch zurückhielt, aber das Prinzip der Bill anerkannte. Er erklärte jedoch, vor Entscheidung über die Bill müßten erst die Mängel derselben beseitigt werden. Die Erklärungen Redmonds sind entgegen kommender, als nach der bisherigen Haltung der Parnellites angenommen wurde. Immerhin lassen sie die Zustimmung der Parnellites zur Bill noch zweifelhaft erscheinen.

In Belfast fand gestern, anlässlich der Veröffentlichung der Homerule-Bill Gladstones, eine blutige Schlägerei zwischen Loyalisten und Nationalisten statt. Schließlich stellte die Polizei die Ruhe her. Die Orangisten bereiten grobhartige Kundgebungen gegen die Homerule vor.

Rußland.

Der "Volkszg." zufolge steht für das Frühjahr eine Massenwanderung aus Russland bevor. Ganze Ortschaften dürften infolge dessen entvölkert werden.

Bulgarien.

Die Verlobung des Fürsten Ferdinand mit der Prinzessin Marie Louise von Parma bringt denselben in ein weiteres Verwandtschaftsverhältnis zum österreichischen Kaiserhause, denn die künftige Schwiegermutter des Fürsten ist eine Schwester der Erzherzogin Maria Theresia, Gemahlin des Erzherzogs Karl Ludwig. Die politische Bedeutung dieser Verlobung besteht darin, daß sie eine gewisse Bürgschaft für das

Sicherheitsgefühl des Fürsten Ferdinand gibt und daß die Begründung einer Dynastie zweifellos zu der Konsolidierung Bulgariens beiträgt.

Die Hochzeit des Fürsten Ferdinand findet Ende Mai statt.

Serbien.

Aus Semendria wird gemeldet, daß Radikal das Gerichtsgebäude in Brand steckten, wobei sämtliche Akten verbrannten.

Amerika.

Der Panama-Untersuchungsausschuß des Repräsentantenhauses hat seine Vernehmungen über die behauptete Bestechung amerikanischer Deputirter begonnen. Zuerst wurde Mr. Xavier Bayard vernommen, der erst Agent der Kanal-Gesellschaft auf dem Isthmus von Panama, später Sekretär des Anlaufagenten der Gesellschaft in New-York und schließlich, an dessen Stelle, amerikanischer Agent des offiziellen Liquidators war. Bayard sagte aus, daß er niemals die Gelde der Gesellschaft anders als zu Auszahlungen benutzt habe, die er nach offizieller Anweisung zu machen be rechtigt war. Nachmittags wurde Mr. Nathan Appleton verhört, nach dessen Aussage Herrn von Lesseps' Frau und Sohn gegen seine Übernahme der Präsidenschaft der Kanalbau-Gesellschaft gewesen sein sollen. Die Subskription unter die erste Ausgabe der Panama-Aktien habe in Amerika dreimal den verlangten Betrag übertragen.

Provinzielles.

X. Gollub, 15. Februar. [Königsball. Pocken.] Nach 10jähriger Pause beginnt die hiesige Schülengilde am 11. d. Ms. ihren Königsball. Das Fest hatte einen glänzenden Verlauf. Gegen 100 Gäste nahmen an dem Feste teil. Die Gilde zählt 50 Mitglieder. — Bei Kindern sind hier einige Fälle von Pocken vorgekommen.

X. Soldau, 15. Februar. [Eisenbahnunfall.] Die Maschine des gestern früh nach Marienburg abgefahrenen Zuges erlitt in der Nähe der Station Koschau einen Radreifenbruch und wurde dadurch stark beschädigt. Der Zug mußte durch eine von hier ab gelassene Maschine zurückgeholt werden und konnte erst 3 Stunden nach der fahrräumlichen Zeit die Fahrt auf dem zweiten Gleise forsetzen. Bald traf aus Marienburg ein Hilfszug auf den Unglücksstätte ein. Bereits um 5 Uhr Nachmittags waren die Arbeiten beendet und das Gleise wieder frei.

Gr. Krebs, 14. Februar. [Feuer.] In der benachbarten Ortschaft Littschken entstand am 10. d. Ms. Feuer, wodurch eine von vier Familien bewohnte Inselsche in Asche gelegt wurde. Da die Familienhäupter sämmtlich auf dem Guishofe in Arbeit waren, konnte leider nichts gerettet werden. Dem thakräftigen Einschreiten des Herrn Guisbäcker C. gelang es, trotz des an diesem Tage wehenden heftigen Windes, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Die Entstehungsursache des Brandes ist den "N. W. M." zufolge unbekannt. Auf Veranlassung des Herrn Pfarrers W. hierelbst wurde am verlorenen Sonntage eine Kollekte für die armen Abgebrannten in hiesiger Kirche abgehalten.

r. Neumark, 15. Februar. [Wahl. Vergüllungen.] Der Kreisausschuß wählte heute von 50 Bewerbern Herrn Stief aus Alenstein zum Kontrolleur der hiesigen Kreiskommunal- und Kreissparkasse. — Die Vergüllungsvereine hatten zum Karneval noch fröhliche Feste veranstaltet. Am vergangenen Sonnabend wurde in der Bürgerressource und im Bürgerverein gefeiert. Im ersten Verein fanden "Die Kreuzfahrer" von R. Gade von dem gemischten Chor derselben zur Aufführung. Den Reigen der Wintervergüllungen schloß am Montag das Kafino.

Schneidemühl, 14. Februar. [Feuer.] Heute gegen 1 Uhr Nachts brach in dem Wohnhause, Gerberstraße Nr. 2 hierelbst, dem Meißeldirektor Havemann gehörig, Feuer aus, welches zum Glück entdeckt wurde, bevor es größeren Umfang angenommen hatte. Entstanden ist das Feuer vermutlich dadurch, daß glimmende Kohlen in den in der Küche vor der Kochmaschine stehenden mit Brennmaterial angefüllten Behältern gefallen sind, daß sich das Brennmaterial entzündete und das Feuer sich so von hier aus weiter verbreitete. Außer fast sämtlichen Küchengeräthen sind auch Thüren, Fenster, der Fußboden und sonstige Theile des Hauses stark beschädigt worden. Als die herbeigerufenen Feuerwehr erhielten, hatten die Hausbewohner den Brand bereits gelöscht.

Stuhm, 14. Februar. [Feuer.] Gestern Abend 10^{1/2} Uhr ertönte schon wieder einmal der Feuerruf des Nachtwächters. Die Werkstatt des Herrn Schlossmeisters Stuhldreier stand in Flammen und wurde durch den Brand vernichtet. Daß hier ein Racheakt vorliegt, ist nach den "N. W. M." klar, doch ist der Täther bis jetzt noch nicht ermittelt. Die Feuerwehr war schnell zur Stelle, doch mangelte es wieder an Wasser.

Ebing, 14. Februar. [Selbstmord.] Heute Nachmittag 3 Uhr wurde in dem Stadtbüro auf dem Rathaus der Bautechniker Bartels erhängt aufgefunden. Die Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Der Grund der That ist nach der "G. B." unbekannt.

Ebing, 15. Februar. [Mordversuch.] Heute versuchte ein Mann, Namens v. Strouczinski, der von seiner Ehefrau, die eine Schankwirtschaft betreibt, geschieden ist, dieselbe zu ermorden. Eine von ihm abgefeuerte Revolverkugel traf jedoch nur den Arm der Frau. Der Attentäter stellte sich selbst dem Gerichte.

Pr. Holland, 14. Februar. [Ein bedauerlicher Unglücksfall] hat die Familie des Schneidermeisters Glawe in Mosen betroffen. Das zweijährige Söhnchen tummelte sich in der Wohnung umher und hatte mit beiden Händen ein feinwandiges Wasserglas gefaßt, welches es vor sich hertrug. Plötzlich strannte es, das Glas zerbarst, und das Kind stürzte mit dem Gesicht auf die aufrechth stehenden spitzen und scharfen Scherben. Die linke Wange wurde ihm vom Mund an aufgeschlagen, die Nase der Länge nach zerrissen und das Auge fast aus der Höhle gerissen. Die grauslichen Wunden wurden vom Arzte vernäht, allein das Auge wird wohl verloren sein.

O. dt. Chlan, 15. Februar. [Aus der Stadtverordnetenverfassung.] In der letzten Stadtverordneten-Versammlung wurde der in der 3. Wahlabteilung an Stelle des verstorbenen Brauereibesitzers Herrn Böttcher gewählte Herr Bahnhofs-Restaurateur Hauer in das Amt eines Stadtverordneten eingeführt.

Als Mitglieder des Büros der Stadtverordneten gewählt die Herren: Rechtsanwalt Hein als Vorsteher, Dachpappen-Fabrikant Seepoldt als stellvertretender Vorsteher und Kaufmann Kiefl als stellvertretender Schriftführer. (Die Protokolle werden von einem besoldeten Schriftführer angefertigt.) — An Stelle des jenigen als Kassenrevisor wegen Krankheit niederlegenden Kaufmanns Herrn Laszczek wurde Herr Apotheker Böttcher gewählt. — Von dem Verwaltungskreisverfahren mit dem Bahnhofs-Restaurateur Hauer betreffend die Stadtvorwahl wurde der 2. Abteilung im November 1891 nahm die Versammlung Kenntniß. Herr H. hat seiner Zeit die Gültigkeit der Wahl angefochten, weil ein Wähler damals den betreffenden Kandidaten, welcher mit einer Stimme Mehrheit aus der Wahl als Stadtvorwähler hervorging, irrtümlich mit einem falschen Vornamen benannte. Der Prozeß ist nun zu Gunsten des Herrn Hauer entschieden.

Königsberg, 15. Februar. [Zugentgleisung.] Von dem Buge 778, der von Tilsit nach Königsberg abgefahren war, entgleisten gestern die Maschine, der Post-, Gedächtnis- und ein Personenzug. Von den Passagieren wurde Niemand verletzt.

Kaukamen, 14. Februar. [Elegenter Wolf.] Als gestern Nachmittag mehrere zum Dominium Neuhoff gehörige, mit Holz beladene Schlitten sich auf dem Heimwege durch die Auenwälder Forst befanden, blieben die Pferde plötzlich stehen, prusteten, zeigten alle Zeichen großen Schreckens und waren durch keine Mittel zum Vorwärtsgehen zu bewegen. Auf das Geschrei der Leute eilte der betreffende Revierförster, der sich gerade in seinem Revier befand, herbei. Der Förster machte sich auf die Suche und bald stieß er auf zwei Wölfe, von denen es ihm gelang, einen zu erlegen, während der andere entkam. Selbstverständlich wird jetzt ein großes Treiben veranstaltet werden, um den zweiten, dem Wildstand so gefährlichen Räuber zu erlegen. Es sind dies wahrscheinlich dieselben Wölfe, die sich vor Kurzem in der Heinrichsfelder Forst gezeigt haben.

Czerwinski, 14. Februar. [Verunglückt.] Der Arbeiter Popl aus Mirotken, welcher in der Altjahner Forst beim Bäume fällen beschäftigt war, wurde von einem niederschlagenden Baume so ungünstig getroffen, daß er vom Arbeitsplatz als Leiche nach Hause befördert werden mußte. P. hinterläßt eine Witwe mit zwei unverheirateten Kindern.

Posen, 15. Februar. [Starke Eisgang in Sicht.] Ein starker 36-stündiger Schne- und Regenfall hat sehr viel Wachswasser in die Warthe gebracht. Aus dem oberen Stromgebiete laufen gefahrvolle Nachrichten ein. Danach ist in den nächsten Tagen starker Eisgang zu erwarten, falls nicht starke Kälte eintritt.

Lokales.

Thorn, 16. Februar.

— [Stadtverordneten - Sitzung] vom 15. Februar. Anwesend waren 31 Stadtverordnete; vom Magistrat waren erschienen die Herren Erster Bürgermeister Dr. Kohli, Bürgermeister Schustehrus, Rämmeter Stachowitz, Stadtkaufrat Schmidt, Oberförster Bähr, Stadträtte Kittler, Rudies, Löschmann, Ingenieur Metzger und Regierungssuperintendent Krause. Zunächst referirt Herr Stadtv. Wolff. Die Vermietung der Rathausgewölbe Nr. 13/14 an Gerson, Nr. 15 und 17 an Worcikowski bzw. Mielke wird genehmigt, dagegen be schlossen, die Gewölbe Nr. 6 und 19 nochmals auszubieten. — In die Kommission der Angelegenheit betreffend Antrag des Marktfeldgelderbers Kruczowski auf Pachtvertrag werden gewählt vom Magistrat die Herren Dr. Kohli, Stachowitz, Kittler und Schmidt, von den Stadtverordneten die Herren Hensel, Tilk, Gerbis und Wolff. — Die Anstellung eines Standesbeamten wird wegen der damit verbundenen Mehrkosten abgelehnt. — Der Haushaltspunkt der Kämmerei-Ziegelei pro 1893/94 wird in Ginnahme und Ausgabe auf 43 910 M. (gegen 41 710 M. im Vorjahr) festgesetzt. — Des gleichen der Haushaltspunkt der Ufserverwaltung pro 1893/94 in Höhe von 19 045 M. und der Ueberschluß an die Kämmereikasse mit 3618 M. (gegen 3100 im Vorjahr). — Der Vertrag mit Brauereibesitzer Kuttner über Vermietung des Zwingers am Gerechten Thor wird bis zum 30. September 1896 verlängert. — Der Neubau des Försterhauses in Oelz, für welchen eine Summe von 13 500 M. gefordert war, wird abgelehnt, dagegen die Ausführung des bereits früher genehmigten Umbaus beschlossen. — Die Weiterverpachtung der Abholzungsländereien als Weideland wird genehmigt. — Die Umwandlung des Realgymnasiums in eine 8klassige lateinlose höhere Bürgerschule, welche der Magistrat als der Stadt vortheilhaft und einem dringenden Bedürfnisse abhängig, der Regierungsvorlage entsprechend beantragt hatte, mit dem Vorbehalt, daß von der Stadt kein erhöhter Zufluss verlangt werde, auch wenn später die Schule in eine 9klassige umgewandelt werden sollte, wird nach langer Debatte abgelehnt. In längerer Rede trat Herr Rechtsanwalt Schlee warm für die Beibehaltung des jetzigen Realgymnasiums ein, da er die in den lateinlohen höheren Bürgerschulen erworbene Bildung nur als eine unvollkommene ansehen könne. Herr Kämmerei Stachowitz empfahl die Umwandlung, die abgesehen von den anderen Vortheilen auch für den Stadtsackel vortheilhaft sei, da sie die Mittelschule entlasten würde, sodaß in nächster Zeit der Bau eines neuen Schulgebäudes sowie die Anstellung weiterer Lehrkräfte in letzterer Anstalt nicht nötig werde. Herr Prof. Feyerabend empfahl die Umwandlung in ausführlicher Rede vom pädagogischen Standpunkte aus, wobei er besonders betont, daß der von mehreren Rednern gemachte Vorwurf der Ü

Bekanntmachung.

In unseren Elementarschulen ist die Stelle eines katholischen Elementarlehrers zu besetzen.

Das Gehalt beträgt 1050 M. und steigt in 2×3 Jahren um je 150 M., 1×3 Jahren um 300 M., 2×3 Jahren um je 150 M. und 3×5 Jahren um je 150 M. auf 2400 M., wobei eine frühere auswärtige Dienstzeit zur Hälfte angerechnet wird. Für geprüfte Mittelschullehrer beträgt das Gehalt 150 M. mehr.

Bewerber wollen ihre Melbung unter Beifügung ihrer Zeugnisse und eines Lebenslaufs bei uns bis zum 1. März d. J. einreichen.

Thorn, den 6. Februar 1893.

Der Magistrat.

Unsere Gasanstalt hat die Vertretung der Deutschen Gasglühlicht-Akt.-Ges. übernommen.

Dieselbe hält:

Brenner und Glühkörper
sowie passende Cylinder, Glocken, Schalen und dergl. auf Lager und übernimmt auf Wunsch die

Instandhaltung

der Lampen gegen eine feste Gebühr.

Gasglühlampen geben bei der Hälfte Gasverbrauch die 4fache Helligkeit eines gewöhnlichen Gasbrechers. Das Licht ist billiger als Petroleumbeleuchtung und bietet in Folge des geringen Gasverbrauchs den Vortheil nicht zu heizen.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zur Vergabeung der laufenden Schmiede-, Schlosser-, Klempner- und Stellmacherarbeiten für das Etatjahr 1893/94 haben wir auf

Dienstag, d. 21. Februar d. J., Vormittags 11 Uhr,

im Bauamt einen Termin festgesetzt.

Die übrigen Bauarbeiten bleiben für dieses Jahr von der Aussichtung ausgeschlossen.

Unternehmer, welche sich um die oben genannten Arbeiten bewerben wollen, werden erucht, bis zu dem genannten Termin ihre Gesuche in verschlossenem Umschlage mit entsprechender Aufschrift im Stadtbauamt einzureichen, woselbst die Bedingungen und Preisverzeichnisse in den Dienststunden eingesehen werden können.

Wir machen hier nochmals ausdrücklich auf die Bestimmungen betreffend Strafzüge bei unpünktlicher Einreichung von Rechnungen aufmerksam.

Thorn, den 3. Februar 1893.

Der Magistrat.

Polizeiliche Bekanntmachung.

Nach der Kaiserlichen Verordnung vom 20. Dezember 1892 (Reichs-Gesetz-Blatt Seite 1055) tritt das Gesetz, betreffend die Prüfung der Läufe und Verschlüsse der Handfeuerwaffen vom 19. Mai 1891 (Reichs-Gesetz-Blatt Seite 109) zum 1. April 1893 seinem vollen Umfange nach in Kraft. Nach diesem Zeitpunkt dürfen in Deutschland die der Prüfung und Abtemplung unterliegenden Handfeuerwaffen ohne die vom Bundesrat vorgeschriebenen Stempel nur dann noch feilgehalten oder in den Verkehr gebracht werden, wenn sie vorher mit dem von dem Bundesrat bestimmten "Vorarthszeichen" nach Vorschrift der Bissen 20 und 22 der Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 22. Juni 1862 (Reichs-Gesetz-Blatt Seite 679) versehen sind.

Die Anbringung des Vorarthszeichens erfolgt auf Antrag des Einsenders frei von Gebühren und Kosten, jedoch ist der Sendung ein Verzeichnis über die Art der zu stempelnden Handfeuerwaffen (Langwaffen: Büchsen, Gewehre etc., Kurzwaffen: Pistolen, Terzerole etc., Revolver), deren Nummer und Herkunftsstadt unter Angabe des Einsenders beizufügen.

Die Ausgaben für Fracht und Porto, sowie sonstige Ausgaben für den Transport, einschließlich des Verpackungsmaterials trägt der Antragsteller.

Nachdem durch ministeriellen Erlass vom 4. v. M. der unterzeichneten Polizei-Verwaltung die Anbringung des Vorarthszeichens für den Regierungsbezirk Marienwerder übertragen worden, ist diesseits der städtische Amtschreiber Braun als Sachverständiger mit dem Aufschlagen des Vorarthszeichens beauftragt worden; die Waffensendungen sind an die Polizeiverwaltung, Amtamt Thorn, zu richten. Nach dem 1. April 1893 findet die Anbringung des Vorarthszeichens nicht mehr statt.

Über Beschwerden entscheidet der Herr Regierungspräsident in Marienwerder.

Thorn, den 14. Februar 1893.

Die Polizei-Verwaltung.

Öffentliche freiwillige Versteigerung.

Freitag, den 17. Februar er., Vormittags 10 Uhr,

werde ich in resp. vor der Pfandsammler hier.

1 Sophia, Tische, Stühle und Kronleuchter, sowie 1 Partie goldene und silberne Herren- und Damenuhren und neue kupferne Kessel in verschied. Größen

öffentliche meistbietend gegen baare Zahlung verkaufen.

Knauf, Gerichtsvollzieher fr. A. in Thorn.

Öffentliche Zwangsversteigerung.

Freitag, den 17. Februar er., Nachmittags 2 Uhr

werde ich bei dem Bauunternehmer August

Bohnke in Mocker

eine englische Drehrolle

öffentliche meistbietend gegen baare Zahlung verkaufen.

Knauf, Gerichtsvollzieher fr. A. in Thorn.

26. Kölner Dombau Geld-Lotterie

(Ziehung am 23. Februar 1893 und folgende Tage).

Hauptgewinn 75000 Mark baar ohne Abzug.		
Originalloose à M. 3,00, Anteile 1/2 M. 1,75, 1/4 M. 1, 10/2 M. 17, 10/4 M. 9.		
Beteiligung an 100 Nummern je einer der folgenden 3 Serien:		
Serie 1.	Serie II.	Serie III.
No. 30551—75	No. 30576—600	No. 30601—25
" 209576—600	" 209551—75	" 209676—700
" 218101—25	" 218001—25	" 218026—50
" 231051—75	" 231026—50	" 231001—25
1/100 M. 5,—	1/50 M. 9,50	1/25 M. 18,50.

An allen 3 Ser. 1/100 M. 14,50, 1/50 M. 28,50, 1/25 M. 55,50. Porto u. Liste 30 Pf.

Letzte diesjährige Weseler Geld-Lotterie

Hauptgewinn 90000 Mark baar ohne Abzug

Originalloose à 3 M., Anteile 1/2 M. 1,75, 1/4 M. 1,—, 10/2 M. 16,50, 10/4 M. 9,— (Porto und Liste 30 Pf.)

Emanuel Meyer jun., Bankgeschäft

Berlin C., Stralauerstr. 54.

Bestehen des Geschäfts seit 1871.

26. Kölner Dombau-Lotterie.

Ziehung unbedingt am 23.—25. Februar cr.

Hauptgew. 75,000, 30,000, 15,000 M. etc. baar ohne Abzug.

Originalloose à M. 3,—. Porto und Liste 30 Pfg.

Eduard Lewin, Neue Promenade 4.
Telegr.-Adr.: Gewinnstelle Berlin.

G. SOPPART, Thorn

Baugeschäft

Holzhandlung, Dampfsäge- und Holzbearbeitungswerk

Bautischlerei mit Maschinenbetrieb
Lager fertiger Thüren,
Scheuerleisten, Thürbekleidungen,
Dielungsbretter etc.

Ausführung ertheilter Aufträge
in kürzester Frist.

Wer an Husten, Heiserkeit, Katarrhen etc.

leidet, nehme einige Male täglich 4—5 Stück

Sodener FAY's ächte Mineral-Pastillen

in heißer Milch aufgelöst. Auch einige Pastillen, die man nach einander im Munde zergehen lässt, sind von bester Heilwirkung.

Sodener FAY's ächte Mineral-Pastillen

werden vielfach nachgeahmt. Wer für sein Geld nicht

wertlose Nachahmungen haben will, verlange ausdrücklich **FAY's ächte Sodener Mineral-Pastillen.** Erhältlich in all. Apotheken, Drogerien, Mineralwasserhandlungen etc. zum Preise von 85 Pfg. pro Schachtel.

Knorr's Suppen-MEHLE,

wie Erbsen-, Bohnen-, Grünekern-, Gersten- & Reismehl etc. zur Schnellbereitung leichtverdaulich. Suppen unentbehrlich.

Ueberall zu haben.

C. H. Knorr, Conservenfabrik, Heilbronn a. N.

Berliner Modistin

empfiehlt sich zur Anfertigung von Damen- und Kinderkleidern bei billigen Preisen nach der neuesten Mode.

Frau Heuer,

Schuhmacherstr. 22, 3 Tr. nach vorn.

Gründlichen Unterricht in der feinen

Damenschneiderei, auch nur im

erheilt E. Goertz, Modistin, Brückenstr. 22.

Für eine Ziegelei bei Thorn wird ein

Theilnehmer

mit mindestens 15 000 M. Einlage gesucht.

Fachkenntnisse nicht erforderlich, da Inhaber

selbst Fachmann ist. Öfferten unter B. L.

werden an die Ebd. d. J. erbeten.

Hermann Blasendorff

Berlin. Osterode D. Pr.

übernimmt Erdbohrungen,

Brunnenbauten für jede Tiefe und

Leistung. Lieferung und Montirung von

Pumpwerken und Wasserleitungen.

Regulir-Füllöfen mit Röhren

ist billig zu verkaufen

Heinrich Seelig.

Ein möbl. Zimmer billig zu vermieten

Schillerstraße 6, 2. Etage.

1 möbl. Zimmer, mit auch ohne Burschen-

gelass zu vermieten Coppernitusstr. 12, 2.

Deutschfreisinniger Wahlverein.

Versammlung

Montag, den 20. d. Mts., Abends 8 Uhr im Nicolai'schen Saale.

Vortrag

über den dem Reichstage vorliegenden Gesetzentwurf betreffend „die Abzahlungsgeschäfte“.

Gewerbetreibende Interessen haben Zutritt.

Der Vorstand.

Strohhüte zum Waschen, Färben und Modernisiren werden an-

genommen. Neueste Färgen zur gefälligen Ansicht.

Minna Mack Nachf., Altst. Markt 12.

Allgemeiner deutscher Schulverein

Ortsgruppe Thorn.

Sonntag, d. 18. Febr., Abends 8 Uhr:

Generalversammlung

im Hinterzimmer des Artushofes

(Fürstenzimmer).

Tagesordnung:

Geschäftliches.

Bericht des Vorsitzenden über die Ver-

handlungen der Provinzialverfassung

des Provinzialverbandes Ostpreußen.

Vortrag des Herrn Oberlehrers Entz:

„Die Deutschen in Österreich“.

Gäste sind willkommen.

Der Vorstand.

Freiwillige Feuerwehr!

Sonntag, d. 18. Februar, Abds. 8 Uhr:

Hauptversammlung

im Vereinslokale.

Nach dem geschäftlichen Theil gemüth-

liches Beisammensein mit Vorträgen.

Der Vorstand.